

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 10.07.2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	15. Plenarsitzung Gemeinderat 29.09.2015 2015/0432 37.1 öffentlich
TTIP: Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationsfreiheit für die Stadt Karlsruhe		

Wie stellt sich die Stadt Karlsruhe zu dem Vorschlag:

Die Stadt Karlsruhe schließt sich in Gestalt einer Gemeinderatsresolution den bisher 200 TTIP-kritischen Kommunen (s. u.) in Deutschland an.

Sachverhalt / Begründung:

Eine erste Initiative zu einer kritischen Positionierung der Stadt Karlsruhe zu TTIP fand im Gemeinderat keine Mehrheit. Seit dieser Zeit hat sich jedoch die Gesamtlage verändert. Durch vielfältigen öffentlichen und medialen Druck sind die Geheimverhandler dieses Abkommens, sind die EU und viele europäische Regierungen, auch und gerade die Bundesregierung, unter Druck gekommen.

Unterem anderem durch:

- Der DGB hat sich mittlerweile sehr kritisch zu TTIP aufgestellt. Der DGB Karlsruhe hat sich mit einer Aktion, die große Resonanz fand, an die Stadt Karlsruhe und den Gemeinderat gewandt: „Bitte nehmen Sie, liebe Mitglieder des Karlsruher Gemeinderates, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Sorgen ernst und treten Sie zusammen mit uns für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und für die Organisationsfreiheit der Stadt Karlsruhe und ihrer Gesellschaften ein“
- Die Initiative Stop TTIP hat mittlerweile über 2 Mio Unterschriften gesammelt, die Sammlung läuft weiter
- Mitte Juni 2015 haben die kommunalen Spitzenverbände
 - o Deutscher Städtetag

-
- Deutscher Landkreistag
 - Deutscher Städte- und Gemeindebund
 - Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

in einem Positionspapier u.a. deutlich den vollen Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationsfreiheit gefordert.

- Unter den 200 deutschen Kommunen, die kritische Stellungnahmen zu TTIP beschlossen haben, sind auch Freiburg, Landau, Heilbronn, Heidelberg, Mannheim und Pfinztal. Karlsruhe könnte sich hier sehr gut einreihen.

Quelle: <http://www.attac.de/ttip-in-kommunen/> - Stand 09.07.2015

Die TTIP Verhandlungen sind weiterhin nicht-öffentliche Verhandlungen. Protest und kritische Stellungnahmen gerade aus dem Bereich der Kommunen und ihrer Verbände haben eine nicht zu unterschätzende Wirkung. Noch ist bei weitem nicht gesichert, dass der Abschluss des Freihandelsabkommens nicht im wesentlichen Großkonzernen und Großbanken zu Gute kommen wird, auf Kosten sozialer Standards und Demokratie, mit weiterer Verarmung ganzer Schichten in der EU und weiterer Umweltzerstörung. Aus unserer LINKEN-Sicht spricht der derzeitige Verhandlungsstand dafür, dass dieses Abkommen nicht zustande kommen darf.

Gerade jetzt muss Kritik und Protest weiter aufrechterhalten werden und seinen Weg in die Medien finden. Die Stadt Karlsruhe bzw. der Gemeinderat könnte mit einer klaren Positionierung seine Aufgeklärtheit und Weltläufigkeit unterstreichen und als gewichtige Kommune einen entsprechend gewichtigen Beitrag gegen neoliberalen Freihandel in Europa leisten.

unterzeichnet von:
Sabine Zürn
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
18. September 2015